

Hetze gegen Homosexuelle in Uganda

Sektenprediger schüren die Abneigung gegenüber Schwulen und Lesben in afrikanischen Gesellschaften

Die Rechte von sexuellen Minderheiten werden fast überall in Afrika mit Füßen getreten. In Uganda sieht eine Gesetzesvorlage für gewisse Fälle gar die Todesstrafe vor.

Markus M. Haefliger, Kampala

Was Bischof Christopher Senyonjo sagt und tut, ist nur wahr und vernünftig, aber es könnte ihn ins Gefängnis bringen, wenn in Uganda ein neues Gesetz über das Verbot der Homosexualität angenommen wird. Der 78-jährige anglikanische Geistliche im Unruhestand betreibt in einem ehemaligen Ladenlokal der Hauptstadt Kampala eine Familienberatungsstelle. Er ist bekannt dafür, dass seine Türen auch homosexuellen Paaren offenstehen. Schwule und Lesben hätten in Uganda ein schweres Los, sagt Senyonjo. Sie litten an Schuldgefühlen oder daran, dass sie keine Partner fänden. Wenn sich ihre Veranlagung herumspreche, würden sie drangsaliert.

Rufer in der Wüste

Der Bischof spricht ruhig und im gepflegten Englisch älterer Ugander, die noch während der Kolonialzeit in die Missionsschule gingen. Er trägt einen Ring aus Amethyst, der zum violetten Talar passt. Diesen hat er wie zum Trotz angezogen, wenn er sonntags in die Kirche geht. Der Erzbischof von Uganda untersagte ihm, Messen zu lesen. Senyonjo hatte sich geweigert, seine Haltung gegenüber Homosexuellen zu widerrufen. Die meisten Homosexuellen könnten sich nicht ändern, sagt er. «Sie sind Menschen wie du und ich.»

In Uganda gelten solche Ansichten als ketzerisch. Sektenprediger und Politiker schüren seit zwei Jahren eine in afrikanischen Gesellschaften latent vorhandene Homophobie. Dabei spielen sie sich als Wohltäter auf, die Schwule und Lesben von ihrem Zustand «erlösen» wollten, und sei es mit der Androhung drakonischer Strafen. Die Hetze wurde von Martin Ssempe ausgelöst, dem Leiter der Makerere Community Church, einer der Pfingstbewegung nahestehenden Erweckungskirche.

Vor seiner eigenen Bekehrung hatte Ssempe das ugandische Anti-Aids-Programm mitgestaltet, das mit amerikanischen Geldern der Administration Bush finanziert worden war. Dabei lernte er Missionare des Family Life Network kennen, einer amerikanischen Organisation, die im Kampf gegen Aids Treue und sexuelle Abstinenz propagiert. 2008 und 2009 lud er seine Verbündeten zu Vortragsreihen ein, um die Ugander über die Gefahren der Homosexualität aufzuklären. An den Veranstaltungen nahmen auch Polizisten, Lehrer und Politiker teil. Eine Kernaussage der Seminare lautete nach Beobachtern, ausländische Schwule wollten «die afrikanische Familie» zerstören.

Schwulenbars vor dem Out

Laut Pepe Onziema von der Bürgerrechtsbewegung Sexual Minorities Uganda (Smug) werden Homosexuelle seither systematisch drangsaliert. Eine Boulevardzeitung («Red Pepper») veröffentlicht Namenlisten von Homosexuellen, die Polizei hält Schwule und Lesben oft stundenlang fest. Laut Onziema machen sich «Boda-Bodas», Fahrer von Motorradtaxi, einen Sport daraus, Schwule zusammenzuschlagen. Lesben würden, häufig von Familienmitgliedern, mit dem höhnischen Ruf bedroht, sie benötigten «eine Lektion». Onziema, eine bekennende Lesbe, kleidet sich weiterhin eigenwillig in Anzug und Krawatte, aber die 29-Jährige gibt mehr für Taxifahrten aus als für das Essen. Sie fühle sich nur in geschlossenen Räumen sicher, sagt sie.

In Kampala sind fast alle Schwulenbars verschwunden. Zuvor hatte es drei solche Treffpunkte gegeben; sie waren an allen Tagen geöffnet. Die Polizei soll darauf Gespräche mit den Besitzern ge-



Pastor Martin Ssempe, der Leiter der Makerere Community Church, predigt wider die Homosexualität.

MARKUS M. HAEFLIGER

führt haben, worauf diese die Etablissements geschlossen oder den Pächter auswechselten. Zurzeit können Homosexuelle noch einen Nachtclub besuchen, ohne behelligt zu werden – einmal pro Woche. Die Stimmung in dem Lokal ist an einem dieser Abende aufgeräumt. Auf einer Freiluftbühne treten Gruppen von jungen Frauen oder Männern auf, die zur aufgelegten Musik tanzen. Zwei Conférenciers reissen anzügliche Sprüche. Die Schwulen sind in der Minderheit. Sie bewegen sich ungeniert, aber nicht schamlos. Niemand weiss, wie lange die Toleranz noch währt. Im Februar wechselte die Betriebsführung auch hier.

Letztes Jahr sprangen Politiker auf den Anti-Schwulen-Zug auf. Ugandas Minister für Ethik und Integrität, James Buturo, warf der Uno vor, Afrikanern die Duldung der Homosexualität aufzwingen zu wollen. Anfang dieses Jahres rief er Bürgerrechtlern zu, Homosexuelle könnten «ihre Menschenrechte vergessen». Bereits im September hatte David Bahati, ein bisher weitgehend unbekannter Jungpolitiker des regierenden National Resistance Movement, im Parlament den Entwurf für ein Anti-Homosexuellen-Gesetz eingebracht.

Rabiates Gesetz

Nach dem Gesetzesvorschlag muss als Mindeststrafe für homosexuelle Handlungen lebenslänglicher Freiheitsentzug verhängt werden. Wiederholungstäter und Personen, die mit Jugendlichen sexuell verkehren, sollen gehängt werden. Unterstützung für Homosexuelle würde mit bis zu sieben Jahren, die Beihilfe zu Homo-Ehen mit lebenslänglich Gefängnis bestraft. Wer Kenntnis hat von homosexuellen Umtrieben, muss diese innert 24 Stunden der Polizei melden; Zuwiderhandlungen werden mit bis

zu drei Jahren Gefängnis bestraft. Ausserdem soll Uganda alle internationalen Verträge kündigen, welche die Rechte von Homosexuellen gewährleisten.

Martin Ssempe, der Urheber der homophoben Welle, steht an einem sonnigen Sonntag als Vorbeter vor seiner Gemeinde. Der Gottesdienst findet in einer Halle der Universität Makerere statt. Zur Einstimmung werden Kirchenlieder gesungen. Der Pastor gibt im Rhythmus den Text vor, die rund 350 Besucher psalmodieren. Auf der Bühne täuschen feenhaft gekleidete Frauen Ekstase vor, während eine elektrische Orgel und eine Bassgitarre das Erlebnis untermalen. Ssempeas Kirche ist keine Armenkirche, in der die Anhänger schnell einmal den Kopf verlieren. Laut Teilnehmern sind die meist jugendlichen Mitglieder Studenten und an der Uni ausgebildete Berufsleute.

Ssempe pflegt seine Predigten mit Fakten zu untermauern. An diesem Tag wettet er gegen die Ausbeutung der Massen durch ausländische Mobiltelefonie-Unternehmen und lässt dazu eine mehrseitige Dokumentation verteilen. Mit ähnlicher Zielsetzung projizierte er kürzlich pornografische Bilder der wüstensten Sorte an die Wand. Ssempe erwähnt sein Lieblingsthema diesmal nur am Rande, im Zusammenhang mit dem besonderen Verkaufsargument seiner Kirche, nach dem alle Sünder, ob Ausbeuter oder Homosexuelle, Läuterung erwarten dürfen. «Yes, you can», lautet das aus Amerika importierte Motto.

Penelope Kirabo, die als Sekretärin in einem Anwaltsbüro arbeitet, ist mit Ssempe einverstanden. Schwule hätten «Probleme mit ihren Geschlechtsteilen», die niemanden gleichgültig lassen könnten. Sie glaubt auch die demagogische Behauptung des Pastors, Ausländer lockten Studenten mit Stipendien

an, um sie «für die Sache der Homosexualität zu rekrutieren». Die Absicht rechtfertige die Todesstrafe, sagt sie.

Homophobie dringt nicht nur in Uganda in den öffentlichen Raum ein, sondern in mehreren Ländern Afrikas (siehe Zusatz). Die Aktivistin Pepe Onziema sieht als einen Grund dafür das wachsende Selbstbewusstsein von Schwulen und Lesben. In Uganda hatte die Gruppe Smug 2007 erstmals eine Medienkampagne unter dem Titel «Let us live in peace» geführt. Danach hätten die Angriffe begonnen. Eine zweite Ursache liegt wohl darin, dass Politiker die Homophobie als Resonanzkörper für wohlfeile Reden entdeckt haben, mit denen sie von der Korruption und der versäumten Entwicklung ablenken. Ssempe, der mit der First Lady, Janet Museveni, befreundet ist, hat die Korruption an der Staatsspitze bezeichnen-derweise noch nie aufgegriffen.

Tabuisierung Aids-freundlich

Die dritte Triebfeder ist die Furcht vor Aids. Die amerikanische Organisation Human Rights Watch dokumentierte schon 2003, wie in Staaten des südlichen Afrika Regierungspolitiker Schwule zum Sündenbock machen. In Tat und Wahrheit ist es umgekehrt – die Tabuisierung der Homosexualität erhöht die Ansteckungsgefahr, wie eine letztes Jahr in der Fachzeitschrift «Lancet» veröffentlichte Untersuchung nachweist. Danach heiraten Schwule in Afrika häufig Frauen, die so einem erhöhten Risiko ausgesetzt werden. Ausserdem sind Schwule oft von Angeboten im Rahmen von Anti-Aids-Massnahmen ausgeschlossen.

Ein vierter Grund liegt in der Krise der afrikanischen Grossfamilie. Früher regelte die Sitte die sexuellen Rechte und Pflichten von Familienmitgliedern rigoros. Zur Zeit seiner Eltern seien Tabus so mächtig gewesen, dass in seinem Dorf im Südwesten Ugandas Verwandte mit abweichendem Verhalten von einem hohen Felsen gestossen worden seien, sagt der Familiensoziologe Peter Atekyereza. In der Folge von Modernisierung und Verstädterung ist die Institution der Grossfamilie in Auflösung begriffen und lebt für viele Afrikaner nur noch in der Erinnerung fort. Als umso attraktiver erweisen sich symbolische Stützen, welche wahre und vermeintliche Traditionen anbieten.

Die Zukunft der ugandischen Vorlage ist offen. Sie ist populär und verpricht der bedrängten Regierungspartei bei den Wahlen 2011 Stimmengewinne. Aber weil das entrüstete Ausland mit einer Kürzung der Finanzhilfen droht, ist Präsident Museveni in der Zwickmühle. Gut möglich, dass er das Gesetzesprojekt schubladisieren lässt.

Verhaftungen in Venezuela

Angriff auf die Pressefreiheit

In Venezuela sind zwei führende Kritiker von Hugo Chávez wegen Meinungsäusserungen verhaftet worden. Das Klima im Land wird zunehmend repressiver.

Werner Marti, Buenos Aires

Die Verhaftung von zwei prominenten Kritikern des Regimes von Präsident Chávez hat diese Woche bei der venezolanischen Opposition und auch im Ausland scharfe Reaktionen ausgelöst. Am Donnerstag wurde Guillermo Zuloaga, der Präsident des wichtigsten regimiekritischen Fernsehsenders, Globovisión, im Gliedstaat Falcón von Agenten des militärischen Geheimdienstes an der Ausreise gehindert und verhaftet, als er mit seiner Familie in die Ferien fliegen wollte.

Falschinformation

Zuloaga wird Verbreitung von Falschinformation und Verleumdung des Präsidenten vorgeworfen. Die Anschuldigungen beziehen sich auf Aussagen an einer Konferenz der Interamerikanischen Pressevereinigung auf Aruba, wo Zuloaga unter anderem erklärt hatte, dass Chávez während des fehlgeschlagenen Putsches von April 2002 dem Militär den Schiessbefehl gegen eine Demonstration der Opposition erteilt habe. Dabei waren mehrere Todesopfer zu beklagen. Die zuständige Justizbehörde machte ausserdem geltend, Zuloaga habe sich im Ausland der Strafverfolgung entziehen wollen, was dieser aber bestreitet. Am Donnerstagabend wurde er in Caracas wieder freigelassen, allerdings mit der Bedingung, dass er das Land nicht verlassen dürfe. Bei einer Verurteilung droht ihm eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren.

Bereits am Montag war in Caracas – wie bereits kurz berichtet – der frühere Gouverneur des Teilstaates Zulia, Oswaldo Alvarez Paz, verhaftet worden. Ihm werden Konspiration, Anstiftung zu einer Straftat und Verbreitung von Falschinformation vorgeworfen. Er hatte in einer Sendung von Globovisión unter anderem erklärt, dass Venezuela zu einem Operationszentrum für den Drogenhandel geworden sei. Alvarez war von 1990 bis 1993 Gouverneur von Zulia und bewarb sich 1993 erfolglos um die Präsidentschaft. Er war in den letzten Jahren eine der hörbaren kritischen Stimmen gegen Präsident Chávez. Auf die ihm vorgeworfenen Delikte steht eine Gefängnisstrafe von zwei bis sechzehn Jahren.

Düstere Zukunft

Die Verfahren gegen die beiden Verhafteten wurden vom Chávez-treuen Parlament angestossen. In beiden Fällen wurden entsprechende Resolutionen verabschiedet. Während Präsident Chávez am Donnerstag öffentlich über das gute Funktionieren der Justiz frohlockte, kritisierte die zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gehörige Interamerikanische Menschenrechtskommission die fehlende Unabhängigkeit derselben. Auch OAS-Generalsekretär José Miguel Insulza zeigte sich besorgt über die Situation und verlangte sofort die Freilassung Zuloagas. Falls es zu einem Prozess komme, müsse dieser unter fairen Bedingungen stattfinden.

Scharfe Kritik äusserte auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Deren für Nord- und Südamerika zuständiger Direktor José Miguel Vivanco sieht Venezuela damit in eine «düstere Periode» eintreten. Präsident Chávez habe während Jahren Gesetze vorangetrieben, welche die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkten. Es schein, dass in Venezuela nun eine Zeit beginne, in der diese drakonischen Gesetze auch angewendet würden. Die freie Meinungsäusserung müsse unter jedem demokratischen Standard gewährleistet sein. Jemandem dafür den Prozess zu machen, schaffe einen gefährlichen Präzedenzfall.

Behördliche Homophobie in Afrika

mhf. · In rund zwei Dritteln der afrikanischen Staaten sind homosexuelle Handlungen strafbar. Die einschlägigen Bestimmungen stammen meist aus der Kolonialzeit. Sie wurden lange kaum angewendet, nun jedoch vermehrt aus der Mottenkiste geholt.

Am letzten Montag verfügte ein Richter in Malawi, dass sich zwei Männer im Alter von 26 und 20 Jahren vor Gericht zu verantworten haben. Die beiden behaupten, nie Sex miteinander gehabt zu haben. Sie hatten sich im Januar an einer traditionellen Feier die «Ehe» versprochen, für die es in Malawi gar keine Rechtsgrundlage gibt. Ihnen drohen bis zu 14 Jahre Freiheitsentzug.

In Tansania verfolgten im Mai 2009 Fotografen und Polizisten gemeinsam

ein schwules Paar in ein Hotel und brachen in deren Zimmer ein. Die Männer wurden verhaftet, die gemachten Aufnahmen ungehindert publiziert.

Im April 2009 nahm Burundi Homosexualität als Tatbestand in das Strafgesetz auf. Auf entsprechende Handlungen stehen Strafen von bis zu 3 Jahren Gefängnis.

Im Dezember 2008 verurteilte ein Gericht in Senegal 9 Männer, die eine Hilfsorganisation für HIV-positive Schwule, Lesben und Transsexuelle gegründet hatten, zu je 8 Jahren Gefängnis. Später annullierte ein Berufungsgericht das Urteil. Laut Menschenrechtsgruppen verurteilte Senegal 2009 insgesamt 30 Männer wegen «Handlungen wider die Natur».